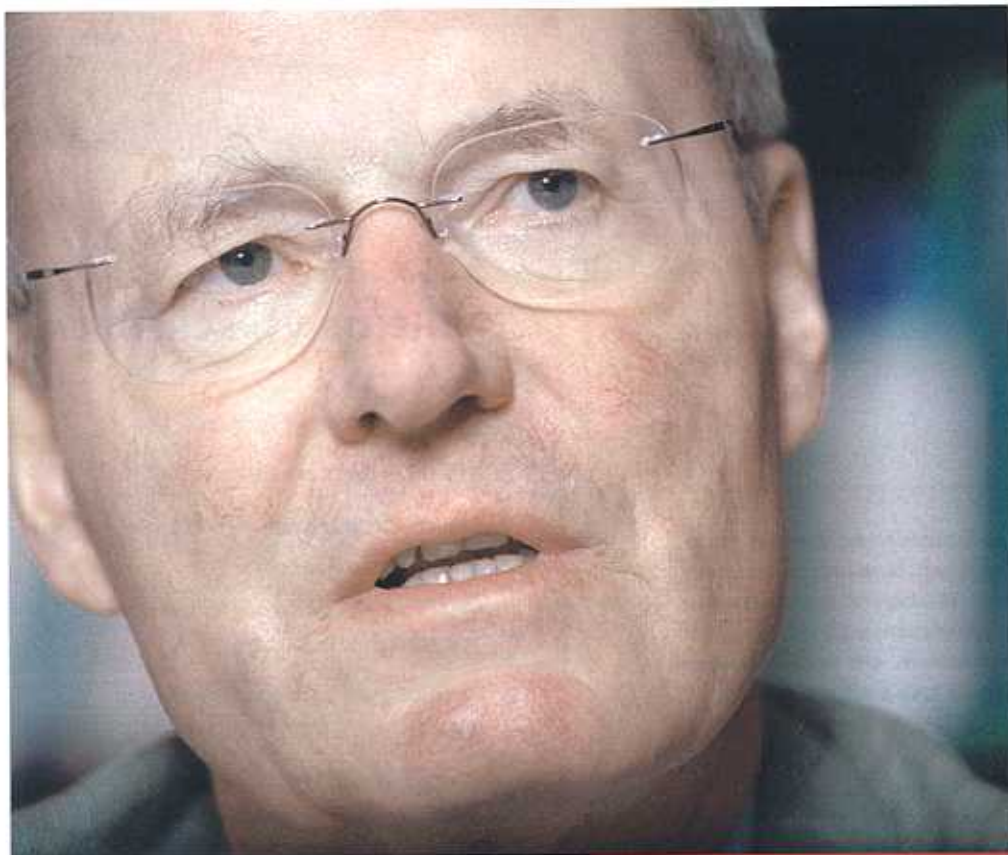


»Dann sollte Merkel gehen«

Die große Koalition habe nur eine Aufgabe: die Föderalismusreform zu vollenden. Meint jedenfalls Deutschlands rührigster Kämpfer für Reformen, Ex-BDI-Chef Hans-Olaf Henkel.



Impulse: Herr Henkel, als Sie am 3. Oktober 2003 den Konvent für Deutschland gründeten, wollten Sie die Republik verändern. Sehr viel ist nicht geschehen - hat sich der Einsatz gelohnt?

Henkel: Ich habe schon lange vorher in verschiedenen Positionen hart für die nötigen Veränderungen unserer Gesellschaft ehrenamtlich gearbeitet. Damit das nicht im doppelten Sinne umsonst war, habe ich mich u. a. mit Roland Berger für die Gründung des Konvents für Deutschland und damit für die Reform der Reformfähigkeit eingesetzt.

War Ihr Einsatz und der aller anderen Reforminitiativen mithin vergeblich?

Hans-Olaf Henkel, 66, einst Chef von IBM Deutschland, führte von 1995 bis 2000 den Industrieverband BDI. Im Jahr 2003 gründete er gemeinsam mit Ex-Bundespräsident Roman Herzog und vielen anderen Prominenten aus Wirtschaft und Politik die Reforminitiative Konvent für Deutschland.

Unsere Aktionen gingen nicht spurlos an der Gesellschaft vorbei. Selbst reformfaule Parteien haben derweil die Notwendigkeit von Veränderungen erkannt. Aber, was immer noch nicht klar ist: Auch wer beginnt sich zu bewegen, ist immer noch zu langsam, wenn andere schneller sind. Und deshalb brauchen wir eine Reform der Reformfähigkeit. Der Konvent setzt sich nicht für einzel-

ne Reformen ein, er erarbeitet Vorschläge für ein modernes politisches Entscheidungssystem, damit sich Deutschland in Zukunft schneller bewegen kann. Wir befassen uns mit den Ursachen der Reformschwäche, nicht mit den Symptomen. Das unterscheidet uns von allen anderen.

Und warum bewegen sich die Deutschen auch nach jahrelanger Diskussion kaum einen Zoll?

Weil wir ein politisches Entscheidungssystem haben, das es Politikern sehr erschwert, etwas zu verändern. Wir glauben, dass das im Zeitalter der Globalisierung kein Hinderungsgrund sein darf, unsere Reformfähigkeit zu verbessern. So sind Parteien in Deutschland mächtiger als in irgendeinem anderen freien Land. Das sagen die Politiker heute auch. Panik bekommen sie erst, wenn man diese Aussage umdreht - starke Parteien machen die Bürger politisch schwach. Es gibt keine andere Demokratie weltweit, in der die Bürger so wenig zu sagen haben wie in Deutschland.

Wie können die Bürger die Macht der Parteien brechen?

Zum Beispiel durch einen gestärkten Föderalismus, aber auch durch mehr direkte Beteiligung der Bürger. Der Konvent forderte, dass auch die deutschen Wähler über die EU-Verfassung direkt abstimmen dürften.

Jetzt fordert der Konvent, das Wahlrecht zu ändern. Erfolgchancen wieder gleich null?

Im Gegenteil, unser Vorschlag wurde von maßgeblichen Vertretern im Bundestag bis hin zum Bundestagspräsidenten aufgegriffen. Er lautet: Der Wähler soll das Recht haben, bei der Auswahl der Kandidaten für Landtag und Bundestag mitzuzentscheiden.

Dennoch - seit Angela Merkel regiert, sind die politischen Auftritte der Reforminitiativen, auch des Konvents, nicht mehr ▶



ganz so heftig wie zu Gerhard Schröders Zeiten. Haben die Reformpatrioten Muffen vor der CDU-Chefin?

Das gilt nicht für den Konvent. Im Gegenteil. Nach Gründung des Konvents gehörte es zur Strategie, nicht den großen öffentlichen Auftritt zu suchen. Wir haben anfangs bewusst nur im Hintergrund agiert und unsere Vorschläge unterbreitet. Ohne die Arbeit des Konvents hätte es die jetzige Föderalismusreform nicht gegeben.

Zurück zu Frau Merkel. Ist ihr mit der Föderalismusreform der erste richtige Reformcoup gelungen?

Eindeutig. Damit ist der Anfang für mehr Beweglichkeit in der deutschen Politik gemacht. Zukünftig werden viel weniger Gesetze zustimmungspflichtig sein. Die Länder haben bald die Möglichkeit, miteinander in den Wettbewerb zu treten. Trotzdem, es ist nur ein Schritt in die richtige Richtung, aber er greift noch viel zu kurz. Wir brauchen als zweiten Schritt eine neue Finanzverfassung, die der Konvent eingefordert hat und die ja im Koalitionsvertrag auch versprochen wurde. Erst dann gibt es klare Verantwortlichkeiten, erst dann hören die Bundesländer auf, einander in die Tasche zu greifen, erst dann wird eine zukunftsfähige Finanzpolitik möglich werden. Dazu braucht man aber ein anderes Vehikel als die Müntefering-Stoiber-Kommission. Sie war in dieser Form ein krankes Konstrukt: Sie können Leuten, die aktiv an der Macht sind, nicht die Aufgabe geben, diese Macht neu zu verteilen.

Was wäre die Alternative?

Ein Gremium unabhängiger Persönlichkeiten, die über viel politische Erfahrung verfügen, die nicht gleichzeitig die Reformdiskussion für ihre Karriereplanung missbrauchen. Ein Vorschlag, der von einem solchen Gremium ge-

» « Starke Parteien machen die Bürger politisch schwach

macht wird, hat in der Öffentlichkeit ein ganz anderes Gewicht als ein Papier, das sich zwischen Parteiengizänk und Ländergezerre bis zu einem Nichts an Inhalt minimiert.

Gesundheitsreform, Steuerreform, Rentenreform - wo punktet die große Koalition aus Ihrer Sicht?

Das sind alles Reformen, die ihren Namen nicht verdienen werden. Die Regierung sollte sich auf nur zwei Projekte konzentrieren.

Welche?

Wir brauchen eine neue Finanzverfassung als Kern einer echten Föderalismusreform. Denn sie würde Verantwortung zurückgeben an Gemeinderäte und Landesregierungen, Politik würde wieder durchschaubar, und es gäbe einen offenen Wettbewerb der Standorte. Dazu haben wir Vorschläge gemacht.

Und das zweite Reformvorhaben ...

... wäre die Reform unseres politischen Entscheidungssystems. Damit Deutschland wieder regierbar wird. Hierzu hat der Konvent bereits Vorschläge eingebracht und sie mit den wichtigsten Politikern intensiv diskutiert - nicht in der Öffentlichkeit, aber vielleicht deshalb auch mit mehr Aussichten auf Erfolg.

Mal angenommen, Merkel und Müntefering erreichen beide Ziele - was dann?

Dann hätte die große Koalition ihre Aufgabe erfüllt. Wäre sie konsequent, müsste diese Regierung abtreten. Sie hätte sich dann mit ihrer satten Mehrheit für die Reformfähigkeit verdient gemacht. Aber was die einzelnen Reformen betrifft, so wird sich diese Regierung immer nur auf den größten gemeinsamen Nenner einigen, der angesichts der unterschiedlichen Philosophien der beiden Partner, die ja immer Konkurrenten bleiben, sehr klein sein muss. Nach einem hoffentlich erfolgreichen Abschluss einer Reform der Finanzverfassung sollte Frau Merkel das Feld freigeben, damit jede Partei mit ihrem Konzept antreten kann.

Der Bundespräsident scheint heute die mutigste Institution unter den Reforminitiativen zu sein. Er immerhin mahnte die Kanzlerin an, so langsam mal mit den Reformen loszulegen. Aus Ihrer Sicht ein falscher Ansatz?

Nein, das macht der schon richtig. Aber es geht nicht um Symptome wie den verkorksten Arbeitsmarkt. Es geht um das, was alles zusammenhält. Die deutschen Wähler sind doch nicht blöder als die in anderen Ländern. Und die Politiker nicht fauler. Wir sind geschlagen mit einer Verfassung, die uns 30 Jahre lang Stabilität gesichert hat. Jetzt ist aus dem Standortvorteil Stabilität der Standortnachteil Unbeweglichkeit geworden. Wir sind auch das einzige Land der Welt, das sich in Bund und Ländern 17 Wirtschaftsminister leistet. Das brauchen wir nicht. Neun Länder wären besser, sieben vielleicht optimal. Nur so bekommt die deutsche Politik ihre Handlungsfähigkeit zurück.

Und falls das nicht gelingt?

Dann rate ich meinen Kindern, aus diesem Land auszuwandern. ●

Gerd Kühnhorn ressort.politik@impulse.de